

**Antwort  
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS  
– Drucksache 13/6426 –**

**Die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“, die „Wirtschaftsjunioren Osteuropa“,  
die „Junge Freiheit“ und der Rechtsextremismus**

Im Frühjahr 1996 veranstalteten die „Wirtschaftsjunioren Osteuropa“ in der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO) in Fulda ein Seminar unter dem Motto „Wirtschaftsregion Ostsee“, zu dem u. a. Peter Poralla, Dr. Schleifenbaum, Taurus Pajaujis sowie Joachim Thannhäuser eingeladen worden waren:

- Peter Poralla, der das einleitende Fachreferat gehalten hat, ist als Unternehmensberater im Auftrag des Bundesministeriums des Innern in Polen tätig und soll dort in den vergangenen zweieinhalb Jahren über 600 Beratungen von vornehmlich von Deutschen geführten Kleinst- und mittelständischen Betrieben durchgeführt haben. Peter Porallas Tätigkeit als Unternehmensberater sei vom Bundesministerium des Innern bis Ende 1995 finanziell unterstützt worden („Ostpreußenblatt“ Nr. 21/1996).
- Dr. Schleifenbaum (Rechtsanwalt), dessen Referat sich mit Eigentumsfragen in der Ostseeregion beschäftigte, plädierte mit der Unterscheidung zwischen „territorialer Souveränität (...) und Gebietshoheit“ für die Unterscheidung zwischen dem Eigentümer und dem Verwalter oder Besitzer. Aus dem Bericht des Ostpreußenblatts geht nicht genau hervor, welche Territorien er als deutsches Eigentum unter polnischer Verwaltung betrachtet („Ostpreußenblatt“ Nr. 21/1996).
- Taurus Pajaujis, Botschaftssekretär der Litauischen Botschaft, war Diskussionspartner in der Arbeitsgruppe „Litauen“, Joachim Thannhäuser vom polnischen Generalkonsulat stand für die Arbeitsgruppe „Polen“ als Gesprächspartner zur Verfügung („Ostpreußenblatt“ Nr. 21/1996).

Eröffnet wurde das Seminar von Uwe Faesel, Sprecher der „Wirtschaftsjunioren Osteuropa“, stellvertretender Bundesvorsitzender der rechtsextrem durchsetzten „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ und Landesvorsitzender der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ in Berlin-Brandenburg.

Über das Seminar berichtete das „Ostpreußenblatt“ (Nr. 21/1996 vom 25. Mai 1996). Auch in der „Jungen Freiheit“ (Nr. 15/1996 vom 12. April 1996) war ein Bericht über das Seminar erschienen. Dieser Beitrag war überschrieben mit dem Slogan „Statt in die Südsee ab an die Ostsee“. Es überrascht nicht, daß die „Junge Freiheit“, die vom Landesamt für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen als rechtsextrem eingestuft wird

---

*Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 20. Dezember 1996 übermittelt.*

*Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.*

(vgl. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Verfassungsschutzbericht über das Jahr 1994, S. 139 und 144), über dieses Seminar berichtet, denn Uwe Faesel, Sprecher der „Wirtschaftsjunioren Osteuropa“, publiziert nicht nur in dieser Zeitung, sondern ist dort seit April 1996 als Marketingleiter beschäftigt (vgl. „Junge Freiheit“, Nr. 25/1996, S. 10).

1. Stimmt die im „Ostpreußenblatt“ vertretene Behauptung, daß Peter Porallas Tätigkeit als Unternehmensberater in Polen vom Bundesministerium des Innern getragen wird?
2. Ist es zutreffend, daß die Tätigkeit von Peter Poralla vom Bundesministerium des Innern finanziell unterstützt worden ist?  
Wenn ja, in welcher Höhe wurde Peter Poralla finanziell durch das Ministerium unterstützt?

Herr Poralla ist in den Jahren 1993 bis 1995 von der Landsmannschaft Westpreußen e. V. im Rahmen eines von der Landsmannschaft durchgeführten Projekts „Betriebsberatung und Betreuung der deutschen Minderheit im nördlichen Polen“ als Berater eingesetzt worden. Für dieses Projekt sind der Landsmannschaft Westpreußen e. V. in den Jahren 1993 bis 1995 insgesamt rd. 238 000 DM an Bundesmitteln zur Verfügung gestellt worden.

3. Wie erklärt sich gegebenenfalls die Tatsache, daß die Tätigkeit eines Unternehmensberaters in Polen in den Kompetenzbereich des Bundesministeriums des Innern fällt?

Das Projekt diente der Existenzförderung für Angehörige der deutschen Minderheit und deren Umfeld. Die Förderung entsprach der Zweckbestimmung der entsprechenden Mittel.

4. Welche neuen verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“ und deren Zeitung „Fritz“ seit dem 4. April 1995 (Drucksache 13/1045) gewinnen können?

Keine.

5. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die „Wirtschaftsjunioren Osteuropa“ der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“?

Keine.

- a) Wann und von wem wurde diese Gruppe gegründet?

Auf die Antwort zu Frage 5 wird verwiesen.

- b) Wie viele Mitglieder bzw. Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen hat diese Arbeitsgruppe gegenwärtig?

Auf die Antwort zu Frage 5 wird verwiesen.

6. Zu welchen rechtsextremen Organisationen hat die Gruppe „Wirtschaftsjunioren Osteuropa“ regelmäßigen Kontakt?

Hierzu liegen keine Erkenntnisse vor.

7. Ist der Bundesregierung bekannt, daß Uwe Faesel als Marketingleiter der Zeitung „Junge Freiheit“ beschäftigt ist?

Es ist nicht bekannt, ob die dazu in der Vorbemerkung zur Kleinen Anfrage getroffene Aussage noch zutrifft. Im übrigen wird auf eine Anzeige der „Junge Freiheit“ in der Ausgabe 47/96 unter der dortigen Rubrik „Kleinanzeigen“ hingewiesen.

8. Sind nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen des Seminars „Wirtschaftsregion Ostsee“, das im Frühjahr dieses Jahres in Fulda stattgefunden hat, verfassungsschutzrelevante Inhalte diskutiert worden?

Hierzu liegen keine Erkenntnisse vor.

9. Waren außer Peter Poralla, dessen Tätigkeit nach Angaben des Ostpreußenblatts durch das Bundesministerium des Innern unterstützt worden ist, noch andere Teilnehmerinnen oder Teilnehmer anwesend, deren Tätigkeit durch Bundesministerien finanziell unterstützt wird oder die in engem Kontakt zu Bundesministerien stehen (z. B. Bundesministerium des Innern, Bundesministerium für Wirtschaft, Auswärtiges Amt, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)?

Hierzu liegen keine Erkenntnisse vor.

10. Wurde das Seminar „Wirtschaftsregion Ostsee“ aus Mitteln des Bundeshaushalts (gegebenenfalls über den Bund der Vertriebenen [BdV] oder die Bundeszentrale für politische Bildung etc.) bezuschußt?

Nein.

- a) Wenn ja, in welcher Höhe?

Auf die Antwort zu Frage 10 wird verwiesen.

- b) Wann wurde der Verwendungsnachweis erbracht?

Auf die Antwort zu Frage 10 wird verwiesen.

- c) Wie viele Personen haben an diesem Seminar teilgenommen?

Hierzu liegen keine Erkenntnisse vor.

11. Gedenkt die Bundesregierung, gegebenenfalls Schritte in die Wege zu leiten, um die bewilligten Gelder zurückzufordern?

Auf die Antwort zu Frage 10 wird verwiesen.

12. Haben die „Wirtschaftsjunioren Osteuropa“ der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ seit ihrem Bestehen (weitere) Mittel aus dem Bundeshaushalt erhalten?  
Wenn ja, für welche Zwecke, und in welcher Höhe?

In den Haushaltsjahren 1991 und 1992 wurden für die Junge Landsmannschaft Ostpreußen aus Kapitel 0640 Titel 685 02 „Unterstützung von Maßnahmen der Vertriebenen zur Förderung des friedlichen Miteinanders mit den Völkern in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa“ Bundesmittel in Höhe von 11 400 DM (1991) und 21 739 DM (1992) auf dem Wege der Projektförderung bewilligt.

Hierzu im einzelnen:

1991: Osteuropaseminar	11 400 DM
1992: Deutsche in Ostpreußen	5 189 DM
Fachtagung	16 550 DM

13. Haben die „Wirtschaftsjunioren Osteuropa“ der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ für geplante Seminare weitere Mittel beantragt?

Nein.

Wenn ja, wann, für welche Zwecke, und in welcher Höhe?

Auf die Antwort zu Frage 13 wird verwiesen.

14. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung in der Vergangenheit ergriffen, um zu verhindern, daß Rechtsextremisten wiederholt in Jugendorganisationen des BdV sowie in anderen innerhalb des BdV organisierten Landsmannschaften und Landesverbänden Betätigungsmöglichkeiten finden?  
15. Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zukünftig zu ergreifen, um auszuschließen, daß das Renommee des BdV, welches dieser durch die institutionelle Förderung und politische Unterstützung durch die Bundesregierung erhält, von Rechtsextremisten genutzt wird, um Jugendliche bzw. junge Erwachsene zu indoctrinieren?

Auf die Antworten der Bundesregierung in Drucksache 13/1345 vom 11. Mai 1995 zu den dortigen Fragen 2, 9, 10, 11, 12, 13 und in Drucksache 13/6082 vom 12. November 1995 zu den dortigen Fragen 5 a und 5 b wird verwiesen.